

Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV!



Die offiziellen Arbeitslosenzahlen werden schön gerechnet. Insbesondere kranke und ältere Arbeitslose oder die, die an einer Weiterbildungen teilnehmen, werden nicht als arbeitslos gezählt. Richtig gerechnet sind fast vier (und nicht drei) Millionen Menschen in Deutschland erwerbslos. Im Kreis Soest sind es über 12.000 (statt 10.000) Menschen.

Viele sind dem Hartz-IV-Regime unterworfen: Sie leben in Armut per Gesetz. 399 Euro Regelsatz sind zu wenig für das Nötigste zum Leben. Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben ist kaum möglich. Vom Kindergeld bleibt nichts, es wird voll angerechnet. Die Strompreise sind in den letzten 10 Jahren um 60 % gestiegen, der Regelsatz nur um 16 %. Die Pauschalen für die Übernahme der „angemessenen“ Miet- und Nebenkosten sind viel zu eng. Weniger als 250 Euro Übernahme der Kaltmiete für eine alleinlebende Person sind oft unrealistisch. Hartz-IV-Betroffene sind bedroht durch Stromsperrern und Zwangsumzüge.

Arbeitslosengeld-II-EmpfängerInnen sind Sanktionen wie Leistungskürzungen ausgesetzt, wenn sie bürokratische Vorgaben nicht einhalten oder sich weigern, unsichere oder schlecht bezahlte Arbeit aufzunehmen. Hartz IV dient der herrschenden Politik als Drohung für die, die in Lohn und Brot stehen, auch um sie gegenüber den Unternehmen gefügig zu machen. Nach 12 Monaten Arbeitslosengeld I droht Hartz IV. Viele kommen gar nicht mehr in den Genuss von Arbeitslosengeld I, weil sie sich von prekärer Beschäftigung zu prekärer Beschäftigung kämpfen oder zu oft Beschäftigungslücken haben.

Erwerbslosigkeit und schlechte Arbeitsbedingungen führen zu prekären Lebensverhältnissen und Existenzangst. Wir sagen, das muss drin sein: Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV.

Deshalb fordert DIE LINKE:

-  Sofortige Erhöhung des Arbeitslosengeld-II-Regelsatzes auf 500 Euro für Erwachsene; mittelfristig mit Miete auf mehr als 1050 Euro (bei hohen Mieten ergänzt durch Wohngeld).
-  Sanktionen sofort abschaffen. Bedarfsgemeinschaften abschaffen.
-  Mehr Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik, Anspruch auf Qualifizierung.
-  150 000 neue Mietwohnungen mit Sozialbindung pro Jahr. Zwangsumzüge stoppen.
-  Wohngeld individualisieren und Heizkosten einbeziehen. Kostenloses Grundkontingent an Strom für alle zur Verfügung stellen.

DIE LINKE.

DIE LINKE. Kreisverband Soest

Ulricherstraße 39, 59494 Soest

Telefon: 02921 6710633 oder 0170 7545045

kontakt@die-linke-kreis-soest.de

www.die-linke-kreis-soest.de

V.i.S.d.P. Manfred Weretecki, Redderweg 7, 59581 Warstein



**Mindestsicherung
ohne Sanktionen
statt Hartz IV!**

DIE LINKE.

www.die-linke-kreis-soest.de